

## Gesellschaftsdienst jetzt!



Von **Thorsten Jungholt**  
Politischer Korrespondent

Veröffentlicht am 16.11.2025 | Lesedauer: 4 Minuten



Rekrut der Bundeswehr in Ahlen, November 2025

Quelle: AFP/INA FASSBENDER

Angesichts der sicherheitspolitischen Bedrohungslage ist der Kompromiss zum Wehrdienst nicht genug. Um unsere Art zu leben zu verteidigen, müssen wir mutiger denken – und auch AfD und Linkspartei für eine wirklich progressive Lösung gewinnen.

Der Entstehungsprozess des neuen Wehrdienstes hat zwei alte Lehrsätze der politischen Entscheidungsfindung in Deutschland in Erinnerung gerufen. Der erste: Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineingegangen ist – auch wenn es von einem über die Maßen selbstbewussten, weil populären Minister stammt. Die Abgeordneten haben Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in Erinnerung gerufen, wer in einer parlamentarischen Demokratie bei der Normsetzung das letzte Wort hat. Und sie haben den handwerklich schlechten Entwurf der Regierung besser gemacht.

Gelungen ist das, und dies ist der zweite Lehrsatz, durch die [Kunst des Kompromisses](https://www.welt.de/politik/deutschland/article69159ba7418baeaaacoea713/neuer-wehrdienst-grund-zur-angst-gibt-es-nicht-sagt-pistorius.html) (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article69159ba7418baeaaacoea713/neuer-wehrdienst-grund-zur-angst-gibt-es-nicht-sagt-pistorius.html>). Die grundverschiedenen Positionen der Union und der SPD, Wehrpflicht und Freiwilligkeit des Dienstes, wurden mühsam, aber am Ende pragmatisch zu einem Kurs zusammengeführt, der gemeinsam machbar ist. In Mehrparteienregierungen ist das anders nicht möglich.

Und doch ist das Gesetz nicht gut genug. Denn die alten Lehrsätze können in einer Welt des sicherheitspolitischen Epochenbruchs nicht uneingeschränkt fortgeführt werden. Die westlichen Nachrichtendienste, die Nato und die Bundesregierung sind sich einig, dass Russlands Imperialismus weit über die Ukraine hinausreicht. Sie stützen sich auf Wladimir Putin selbst, der sich in einem Kampf um eine neue Weltordnung sieht und Krieg dabei als Kontinuum betrachtet, das weit vor der russischen Annexion der Krim 2014 begann und mit der Vollinvasion der Ukraine nicht beendet ist.

Europa und Deutschland stehen dabei mit im Fadenkreuz und sind längst Ziel einer vorbereitenden, hybriden Kriegsführung, die systematisch mit Cyberangriffen, Sabotage, Spionage und Desinformation umgesetzt wird. Das seien die Vorboten, so drückte es Pistorius wenige Tage vor dem Wehrdienstkompromiss aus, die belegten: Russland rüste für einen weiteren Krieg, um weitere Grenzen mit Gewalt zu verschieben.

Das probate Mittel dagegen ist bekannt: Abschreckung. Es braucht eine einsatzbereite und durchhaltefähige Bundeswehr als Pfeiler einer wehrhaften Nato, die Moskau signalisiert: Versucht es besser nicht! Noch gibt es diese Bundeswehr nicht, und die größte Mangelressource bei ihrem Wiederaufbau benannte der Minister mit einem Wort: Zeit.

Der personelle Aufwuchs ist dabei die wohl größte Herausforderung – und deshalb bleibt das neue Wehrdienstgesetz hinter den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten zurück. Es ist richtig, es zunächst mit Freiwilligkeit zu versuchen. Denn der Aufwuchs bedarf einiger Vorarbeiten. Erst wenn Ausbildungsorganisation, Ausrüstung und Unterkünfte vorhanden sind, kann die Bundeswehr exponentiell wachsen.

Doch die Koalition hat die Frage, was bei nicht ausreichenden Freiwilligenmeldungen geschieht, in die Zukunft vertagt: Es gibt keinen Automatismus für eine Wehrpflicht, sondern ein weiteres Gesetzgebungsverfahren mit offenem Ausgang. Statt einer entschlossenen Antwort auf die festgestellte Bedrohung im Sinne des Allgemeinwohls obsiegt die parteipolitischen Partikularinteressen der SPD.

**Zufall reicht nicht**

Noch ist es möglich, diesen schwerwiegenden Mangel zu heilen. Das Parlament darf sich nach der im Dezember anstehenden Verabschiedung des Wehrdienst-Gesetzes nicht zurücklehnen, sondern muss – erstens – umgehend mit der Arbeit an einem Wehrpflicht-Gesetz beginnen. Varianten zu der im Raum stehenden Auswahlwehrpflicht per Zufallsverfahren müssen dabei verfassungsfest geprüft, Ersatzdienste vorbereitet und die zweite Säule neben der militärischen, die zivile Verteidigung, vorangetrieben werden.

Zweitens muss die von eigentlich allen Beteiligten für besser gehaltene Alternative zur Auswahlwehrpflicht, ein allgemeiner Gesellschaftsdienst, aus dem Debattenraum des Ungefähren in die Mitte des Plenums geholt werden. Er fände eine breitere Akzeptanz als eine Losauswahl, würde die oft angemahnte Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen und wäre für die Zivilverteidigung ein Segen.

Mit der Ausrede, dafür gäbe es keine parlamentarische Mehrheit, weil das Grundgesetz geändert werden müsste, macht man es sich zu leicht: Der Bundespräsident, ein Sozialdemokrat, wirbt für das Modell, die Union hat es in ihrem Parteiprogramm, auch bei den Grünen gewinnt die Debatte an Fahrt. Die evangelische Kirche hat das Thema in ihrer neuen Friedensdenkschrift aufgegriffen.

Die AfD müsste erklären, was sie gegen den umfassenden Schutz des Vaterlandes einzuwenden hat. Und für die politische Linke wäre es eine interessante Herausforderung, sich einem progressiven Modell zu verweigern, dass einem von der breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragenen Zweck dienen würde: Der Verteidigung unserer Art zu leben.

Das Parlament ist am Zug. Womöglich sollten die Abgeordneten die Rede nachlesen, die Generalleutnant Alfons Mais, der ehemalige Inspekteur des Heeres, bei seinem Zapfenstreich gehalten hat. In einer Zeit des eisigen Friedens, heißt es darin, der punktuell jederzeit in einen heißen Konflikt umschlagen kann, reichen halbvolle Gläser nicht. Denn auf dem Gefechtsfeld, so Mais, „werden sie im schlimmsten Fall mit Blut aufgefüllt“.